

1933/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Karl Gerfried Müller, Mag. Johann Maier und Genossen haben am 18.2.1997 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 2015/J betreffend "einer möglichen Schließung der Zweigstellen des Umweltbundesamtes in Klagenfurt und Salzburg durch eine Teilprivatisierung" gerichtet. Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit - in Kopie beigeschlossene Anfrage beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1 bis 4

In Fortführung der Umstrukturierungsmaßnahmen in der Zentralstelle und in Umsetzung des Budgetprogrammes der Bundesregierung von 1996 - 2000 wird auch für das Umweltbundesamt als nachgeordnete Dienststelle des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie eine Organisationsanalyse erstellt. Die genauen Modalitäten sind derzeit auf Basis des Schlußberichtes der mit der Umstrukturierung betrauten Beratungsfirma in Ausarbeitung und werden demnächst im Zuge eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens zur Novellierung der betroffenen Gesetzesmaterie einer genauen Prüfung unterzogen. Generell kann vorweg festgehalten werden, daß die Absicht besteht, Teile des Umweltbundesamtes auszugliedern und keine Privatisierung vorzunehmen.

Ich ersuche um Verständnis dafür, daß ich vor Abschluß des Begutachtungsverfahrens zu den einzelnen Details der gegenständlichen Anfrage nicht Stellung nehmen

kann, möchte aber festhalten, daß die geplante Organisationsänderung der für den öffentlichen Dienst immer wieder geforderten Effizienzsteigerung sowie einer verbesserten Ausnutzung vorhandener (Personal)ressourcen dienlich ist.

ad 5

Das Eigenersparpotential wurde vorweg einer Schätzung unterzogen und soll zumindest die zu erwartenden Kostensteigerungen abdecken.

ad 6 bis 7

Geplante Änderungen werde ich mit der Personalvertretung diskutieren und ein Einvernehmen, das mir bereits bei der Umstrukturierung im Bereich der Zentralleitung herzustellen gelungen ist, anstreben.

Ich werde mich bemühen, soziale Härten zu vermeiden. Vorweg kann jetzt schon festgehalten werden, daß in den vorliegenden Konzepten Kündigungen nicht vorgesehen sind.